

„Raus mit dem Volk“

Bomben und Hetzparolen — in der Bundesrepublik wächst der Haß gegen die Ausländer

Tödliche Gewalt und gefährliche Stimmungsmache begleiten eine neue Welle von Ausländerfeindlichkeit. Über vier Millionen Fremde in der Bundesrepublik und der An-

sturm der Asylbewerber drohen das politische Klima umzukippen: Angstreaktion, Nazi-Reflexe. Kanzler Schmidt sieht „die Gefahr“, will seinen „Einfluß dagegensetzen“.

Frech, aufsässig, arrogant“ sind diese Ausländer, so schrieb jüngst ein Bundesbürger an den hessischen Innenminister Ekkehard Gries, Menschen „niedrigster Sorte“. Sie wollen, wie ein anderer formulierte, „nur schnorren und nichts tun“.

Wieso die Deutschen „verpflichtet“ seien, fragte ein Briefautor den Bundesinnenminister Gerhart Baum, „all den Dreck zu ernähren“. „Damit“, so ein Gleichgesinnter, „diese Wilden jeden Tag auf Kosten der Allgemeinheit Weihnachten feiern können.“

„Gesindel der ganzen Welt“, so heißt es in den Briefen an Bonn, „asiatische Horden“, „Abschaum der Erde“ — einfach „raus mit dem Volk“. Denn soweit sei es schon, daß „uns nur noch die Indianer und Kopfbjäger“ fehlen.

Fremdenhaß — das Wort faßt wohl nicht mehr, was da an innerem Unrat aufs Papier gebracht wurde. Niedrigste Sorte, Abschaum, Dreck: Geht es wieder los bei den Deutschen mit Untermenschen und Überlegenen, mit völkischer Art und welschem Übel?

Brandsätze fliegen ins Hotelzimmer äthiopischer Flüchtlinge in Leinfelden bei Stuttgart; Backsteine treffen in die Schaufenster hannoverscher Türkenläden; in Lörrach geht die Polizei Sonderstreife zum Schutz einer Ausländerunterkunft, auf die schon einmal ein Bombenanschlag verübt wurde; zwei Tote in Hamburg, als Molotowcocktails in einem Vietnamesen-Asyl explodieren.

Sind es Vereinzelte, diese Briefeschreiber, die Bombenwerfer, Ausnahmen eben, wie es sie immer mal gibt in aller Welt? Oder ist er schon wieder bei bestem Wuchs, dieser häßlichste aller Deutschen, der das Andersartige nicht nur meidet, sondern auch mordet?

Sicher ist wohl, daß die Extremisten noch unter sich sind, daß Steine und Schläge, Bomben oder Brandsätze einen Lärm machen, der den Lamentierern ein unangemessenes Echo gibt. Aber manches spricht dafür, daß die Gewalt nur der sichtbare Ausdruck einer Stimmung ist, die sich im Bundesvolk breitgemacht hat.

„Pogromstimmung“ sogar verspürte der Frankfurter Bürgermeister. „Man-



Beerdigung ermordeter Vietnamesen in Hamburg: „Manche Reaktionen ...



... kann man nur faschistisch nennen“: Demoliertes Ausländer-Asyl in Lörrach



che Reaktionen gegen Ausländer“, entsetzt sich der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor, „kann man nur rassistisch und faschistisch nennen.“

Allenthalben rühren sich Bürgergruppen, die „nur Ruhe haben wollen“, und polemisieren gegen den Zuzug von Asylbewerbern. Rechtsradikale Politiker kubern Wähler mit Deutschland-den-Deutschen-Sprüchen. Vornehm zieht die „Frankfurter Allgemeine“ sogenannte Grenzen der Toleranz gegenüber den Ausländern. Ausdrücke wie Bagage und Gesocks sind gängig in Briefen an Politiker und Presse.

Von dreisten, zudringlichen Nichtstuern wußten Leser zu berichten, die die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ aufgefordert hatte, sich zu ausländischen Mitbürgern zu äußern. Dabei, so eine Redakteurin, habe man die „wirklich schlimmen“ Zuschriften gar nicht erst veröffentlicht.

Wie schlimm auch immer, offenkundig ist ohnehin, daß der latente Unmut über alles Fremde eine neue, beklemmende Qualität bekommen hat. Schon sah es so aus, als hätten sich die Deutschen gewöhnt an die Millionen der Gastarbeiter, die sie selber herbeigeht hatten. Der Türke am Kneipentisch nebenan, der kleine Italiener auf der Schulbank des eigenen Sprößlings, der Kollege aus Jugoslawien, das begann gelitten zu sein.

Zehntausende, die politisches Asyl wünschten, bekamen es am Ende auch. Eine Spendenwelle half der „Cap Anamur“, Flüchtlinge aus der Südchinesischen See zu fischen. Gern sahen Bundesbürger ihren Staat im Ausland als wohlwärtig, liberal und beschützend gerühmt.

Womöglich war es der Ansturm der Asylanten, die letzthin zu Zehntausenden in der Bundesrepublik um politischen Schutz einkamen und meist doch nur Arbeit suchten, war es diese Minderheit unter der Minorität der Fremden, die dem gerade erst ausbalancierten



Wann verschwinden die Türken endlich. Aussteuern immer meine Freundin 417.

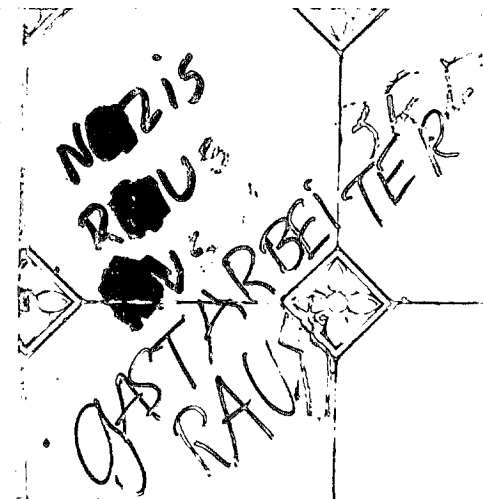
Wandparolen gegen Ausländer
„Deutschland den Deutschen“

Gemeinde von Sitten und Gesichtern wieder das Gleichgewicht nahm.

Wahrscheinlich auch, daß zunehmend gespannte soziale Bedingungen, eine von wirtschaftlichen und politischen Alarmzeichen stimulierte Überempfindlichkeit des Sicherheitsgefühls nun manche Begleiterscheinung der Einwanderung ins Licht rückte, die häufig übersehen worden war: die Misere der Gettos, die Schulen mit ausländischer Mehrheit, die Devisenabflüsse, die Türkentreffs und Jugopintens, die Kindergeldströme an große Familien, südländische Nachbarn, die mit Fleiß und Charme Erfolg haben, tagsüber beim Meister, abends bei den Mädchen.

Alarmierende Erkenntnisse holen die Demoskopien herein. Infas ermittelte „massive Vorbehalte gegenüber diesen Minderheiten“. Und die Emnid-Frage von August, ob man nun nicht „schnell“ die Vorschriften ändern und politisches Asyl nur noch in Ausnahmefällen gewähren solle, bejahten im Schnitt 44 Prozent der Befragten. Dabei hatten nicht, wie manch einer wohl erwartet hätte, die älteren Volksgenossen den höchsten „Ja“-Anteil, sondern mit 46 Prozent die 20- bis 29-jährigen. In Rheinland-Pfalz und Saarland haben Asylgegner gar die satte Mehrheit von 59 Prozent.

Ein internes Papier im Kanzleramt maß denn auch schon im Mai den Plänen, die Asylpraxis zurückzuschrauben, „breite Zustimmung in der Bevölke-



rung zu“ — ein Votum, das Helmut Schmidt nicht zu behagen scheint. Donnerstag letzter Woche jedenfalls, in einer TV-Übertragung aus Nürnberg, bewertete der Kanzler den Fremdenhaß als „eine Gefahr“, und da wolle er seinen „Einfluß dagegen“ setzen.

Sehr ernst nimmt die Düsseldorfer Landesregierung das Treiben einer „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die per Volksentscheid gesetzliche Maßnahmen zur Verminderung der Ausländerzahlen erzwingen will. Aus Angst, die rechten Fremdegegner könnten die erforderlichen 2,5 Millionen Stimmen zusammenbringen, flüchtet die Regierung Rau zu Tricks: Das Thema soll, wenn schon, in einem Bundesrahmengesetz geklärt und damit auf dem Zuständigkeitsweg abgewimmelt werden.

Gespenster von vorgestern tauchen auf: Vokabeln wie Fremdartigkeit, Deutschtum und Hygiene schwirren einher. „Jeder Ausländer verändert unsere Eigenart“, schreibt eine Frau Doktor an die Herausgeber der „FAZ“. Die Tonart, in der manche Offizielle mit „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlings“ umspringen, schiebt Ausländer von Amts wegen in die Rolle unnützer Nutznießer.

Im plattesten Niederbayern ist das so: Bei Landshut, im kleinen Örtchen Johannesbrunn, kursiert angesichts zugereister Gruppen von Asylbewerbern die Sorge um den Wohnwert: „Bei uns moag eh koana mehr wohna.“ Und die CSU setzte mit der populären Feststellung nach, „daß trotz verstärkten Streifeneinsatzes der Polizei das Sicherheitsgefühl stark gesunken ist“.

Und das ist manchmal auch auf Chefebene so. Da erweist Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) Verständnis für die „arg strapazierte“ Toleranz und das „Freiwerden von Emotionen“ bei seinen Landsleuten; schließlich sei dergleichen ja erst durch „die Scheinasylantenlawine“ sowie „faktisch unkontrolliertes Hereinlassen jedes Wirtschaftsflüchtlings“ heraufbeschworen worden.

Diese Mentalität taucht auch schon in den Medien auf. Dummlich zensiert ZDF-Sportchef Hanns-Joachim Friedrichs die Äußerungen eines jugoslawischen Fußballtrainers als mazedonischen Schwachsinn. Ein Kommentator des Bayerischen Rundfunks meint, daß ähnlich dem Gewässer „auch ein Land oder Volk nur bis zu einer bestimmten Grenze mit Fremdstoffen belastbar ist und, wenn diese Grenze mißachtet wird, ebenso in die Gefahr des Umkippens gerät“.

„Latente Fremdenfeindlichkeit“, die jüngst von jenseits der Grenze „Le Monde“ vermerkte, ist wohl auf dem Weg zum international gebräuchlichen Häßlichkeitssymbol der Bundesrepublik, wie vorher schon „le Berufsverbot“ oder „het Hexenjagd“. Heinz Kühn, als Ausländerbeauftragter der Bundesregierung mit dem Abbau von Integrationshemmnissen befaßt, hat erfahren: „Die Leute werden ruppig.“

Wo immer eine Wohnstätte für Ausländer geplant oder auch nur eine provisorische Notunterkunft für Flüchtlinge vorgesehen ist, zetern die Bürger. „Meerbusch hat Angst vorm Schwarzen Mann“, meldete die Lokalpresse. In dem vornehmen Düsseldorfer Vorort, wo sich die Flicks und Henkels guten Tag sagen, sollte auf einem unbenutzten Brauereigelände Platz für 100 Asylbewerber geschaffen werden. Prompt machte eine „Bürgerinitiative nördliche Viehgasse und nähere Umgebung“ mobil, verwies auf die am fraglichen Ort zahlreich vorhandenen alleinstehenden Witwen und Kinder („insbesondere Mädchen“) und bat den Ministerpräsidenten Johannes Rau um Schutz.

Wenngleich es natürlich schlechte Menschen in aller Welt gäbe, so die Initiative, trete doch hier die Gefahr von Aggressionen gegen die Bevölkerung besonders zutage. Eine ortsansässige Fachpsychologin fand bei den potentiellen Mitbewohnern die „Stauung der sexuellen und aggressiven Energien unvermeidlich“ und malte sich als Folge bereits „Brandstiftung, Totschlag usw.“ aus. Auch der Osterather Reiterverein, Nachbar des fürs Wohnheim geplanten Geländes, meldete seine Bedenken an.

Zur Ansiedlung eines Sammelagers für Asylbewerber wurde in Stuttgart-Zuffenhausen ein ehemaliges Fabrikgelände ausgewählt — Anwohnerprotest war die Folge. Im Umkreis der Stuttgarter Weimarstraße, wo Pakistani untergebracht sind, sammelten die Nachbarn Unterschriften — nicht etwa gegen Pakistani („Wir haben nichts gegen Ausländer“), nur gegen den angeblich von ihnen verursachten Lärm.

Für Sammelbecken des Volkszorns sorgen oftmals Drahtzieher mit unverkennbar neo- oder altnazistischem Jargon. Ob wohl Westeuropa demnächst im Chaos versinken und was am Ende aus dem „abendländischen Kultur-

raum“ werde, fragt da ein Leserbrief an die „Welt“, Unterschrift: „Bonner Bürgerinitiative zur Abwehr asiatischer Einwanderung und anderer Überfremdung“.

In Bremen meldet sich eine „Volksbewegung gegen Überfremdung“ zu Wort, im Stuttgarter Raum sorgt sich eine „Bürgerinitiative Einwanderungs-Stopp“ um Ordnung, Gesundheit und „insbesondere Seuchengefahr“. Und in schwäbischen Zeitungen inseriert die „Aktion Deutschland für Deutsche“, die nach eigener Versicherung durch-

aus „gegen Ausländerhaß“ ist und einfach mal so fragt: „60 Prozent Ausländerkinder in Schulen die Norm?“, „Asylrecht auch für Idi Amin?“, „Rassenkrawalle ab wann?“

Wer sich, wie ein Stuttgarter IG-Metaller, per Leserbrief gegen solche Annoncen verwahrt, dem schreibt vielleicht auch die „Liga gegen Ausländerunwesen“ aus Wangen im Allgäu, die nicht mehr nur Fragen, sondern auch schon Pläne zu haben scheint: „Wir werden das Gesindel das Fürchten lehren.“ Und ein Anonymus („Mit



Gastarbeiter in Hamburg: „Wir werden das Gesindel ...“



... das Fürchten lehren“: Türkenmarkt in Berlin

freundlichen Grüßen, ein Deutscher“) wollte vom Gewerkschafter wissen, ob er „überhaupt Patriot“ sei.

Mainzer protestierten mit Flugblättern gegen einen im Taubertsbergbad beschäftigten türkischen Bademeister. In der gleichen Stadt beklagte ein ausländischer Taxifahrer „Hetze über Funk“. Telefonbestellungen durch Ausländer gebe die Taxizentrale nicht zum zuständigen Halteplatz durch, sondern frage statt dessen drahtlos über Funk, „ob jemand Lust hat“. Das hat öfters keiner; Ausländertransport gilt einigen Fahrern als Risiko.

Auf ein Ausländerheim im badischen Lahr feuerte ein Motorradfahrer mit der Gaspistole. In Hannover fragte die Lokalpresse nach Anschlägen auf die Schaufenster von ausländischen Geschäftsleuten: „Wer stoppt endlich diese Kristallnacht auf Raten?“

Die Schikane-Stimmung ist nicht nur Privatsache, öffentliche Dienststellen machen gelegentlich den Ungeist auch amtlich. So gibt es Visum und Arbeitserlaubnis oftmals nur nach einem wahren Spießrutenlauf bei herablassenden Beamten. „Die Deutschen wollen immer eine Stufe höher sein“, klagt der jugoslawische Sozialbetreuer Marija Hajdinjak in Mainz, „Ausländer gleich welcher Nationalität sind Menschen zweiter Klasse.“

Es kommt vor, daß Türken, die sich um eine leerstehende Wohnung bewerben, abgewiesen werden, weil nach Ansicht des Wohnungsamts „bereits eine ausländische Familie im o. a. Haus wohnt“ und eine „Beeinträchtigung der Mietergemeinschaft“ zu befürchten ist — so in Garbsen bei Hannover.

In Berliner Diskotheken kämen seine Landsleute in letzter Zeit kaum noch hinein, klagt der türkische Sozialbetreuer Seyfi Ecevitoglu. Und im badischen Mosbach kündigte gar der Hauseigner einem Gastwirt, weil der, „gegen unser Niveau“, aus seinem Etablissement einen „Ausländerstützpunkt“ gemacht habe.

Da sei „rechtlich nichts zu machen“, beteuern zuständige Referenten wie der hannoversche Jugenddezernent Klaus Beste (SPD). Doch in Wahrheit ist der Fall klar: Ausländerschikanen an der Kneipentür verletzen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung und auch das internationale Übereinkommen gegen Rassendiskriminierung. Mit dem Off-Limit-Gehabe setzt der Wirt seine Schankkonzession aufs Spiel — so urteilten auch schon Richter.

Nur dem SPD-Abgeordneten Klaus Thüsing fiel auf, daß in der Türkenpassage des alljährlichen Verfassungsschutzberichts die Formulierung „heftiger, schwer disziplinierbarer Volkscharakter“ eingeflossen war. Kleinlaut entschuldigte sich das Innenministerium: „Eine Korrektur ist veranlaßt.“

Einstweilen unkorrigiert von staatlichen Aufsichtsgremien ist die Praxis verschiedener Autoversicherer, ausländische Kunden aus Haftpflichtverträgen zu vergraulen und von Kaskoversicherungen ganz auszuschließen (SPIEGEL 34/1980).

Weil Ausländer statistisch für hohes Risiko in der Kfz-Sparte sorgen, kämen beispielsweise Allianz und Colonia ihre ausländische Kundschaft aus — ohne Ansehen von Nationalität und individueller Schadenshäufigkeit. Jetzt rebellieren schon die Mitarbeiter.

„Jahrelange Kunden werden diskriminiert und eliminiert“, klagt ein Allianzmann, „persische Ärzte, ausländische Sprachenlehrer, Krankenschwestern aus Vietnam.“ Ein deutscher Autofahrer dagegen, so der Versicherungsexperte, „kann ruhig ein paar Schäden im Jahr machen, ihm wird

rats Siegfried Sorge. Er begründete seine Befürchtungen über ein kommunales Wahlrecht für Ausländer mit Nazi-Begriffen wie „Deutschtum“ und „Volksgemeinschaft“. Aufnahme von Ausländern verbietet sich für den Landesvorsitzenden der Freien Wählergemeinschaften in Hessen „nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, sondern auch aus staaterhaltenden Gründen“. Wofür denn sonst wohl habe „Karl Martell die Araber vor 1250 Jahren bei Tours und Poitiers geschlagen“.

Historische Beispiele freilich sind rasch zur Hand, wenn es gilt, dem Fremdenhaß geschichtliches Gewicht zu geben — zum Beispiel der Antisemitismus. Ob in der Spät-Antike, im Mittelalter oder in der Neuzeit, die Juden

FÜR GEWÄHRUNG DES MENSCHENRECHTS
AUF FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG.



Gastarbeiter-Kongreß in Düsseldorf: „Die Deutschen wollen eine Stufe höher sein“

auch dann kaum gekündigt. Gleiches Recht für alle?“

Bisweilen bekommt das ausländerfeindliche Gebaren deutscher Stellen Affärencharakter. So weigerte sich etwa ein niedersächsischer Berufsschul-Studienrat, türkischen Jugendlichen vier Wochenstunden Gemeinschafts- und Sozialkunde zu geben. Dies sei eine „unterwertige Beschäftigung“.

Bemühungen Vorgesetzter, den Schulmann vor die Schüler zu zwingen, scheiterten. Kultusminister Werner Remmers (CDU) findet das „bedrückend und deprimierend“, kann aber nichts ändern, denn das Oberverwaltungsgericht gab dem Pädagogen mit seinem „überzogenen Standesdenken“ (Remmers) einstweilen recht.

Bislang ungeahndet blieben verbale Ausschreitungen des Marburger Land-

wurden verfolgt, ermordet, ausgerottet. Das „mit höchst negativen Zügen ausgestattete Bild ‚Jude‘“, so Bernsdorfs „Wörterbuch der Soziologie“, gehöre „zum ältesten Ideen- und Emotionengut der europäischen Zivilisation“.

Und „prinzipiell vergleichbar“ mit der aktuellen Diskussion über Ausländer in der Bundesrepublik hält der Bielefelder Geschichtswissenschaftler Christoph Kleßmann auch die Lage der polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet um die Jahrhundertwende.

Hunderttausende Polen und Masuren aus den östlichen Provinzen vor allem Oberschlesiens wanderten damals, als Bismarck das Reich industrialisierte, ins Ruhrgebiet — zunächst mit offenen Armen empfangen. Die Begeisterung schlug um, als die Polen, etwa ab 1890, Teile des Ruhrgebiets förmlich

SAMMELLAGER FÜR AUSLÄNDER

50m-



Asylbewerber in Zirndorf
44 Prozent dagegen

„überschwemmten“. Hamborn-Marxloh hieß bald im Volksmund nur noch „Posen am Rhein“; in Bottrop stellten die Polen ein Drittel der Bevölkerung.

Schon 1905, so der amerikanische Wissenschaftler Richard C. Murphy, der über polnische Zuwanderer in Bottrop promovierte, war das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen „von gegenseitigem Mißtrauen, ja offener Feindschaft gekennzeichnet“. Bemerkungen über die angeblich schmutzigen, trunksüchtigen und unmoralischen Ostländer waren gang und gäbe. „Spottreden wie ‚verfluchte Polacken‘ und ähnliches“, beschwerte sich die in Herne erscheinende Zeitung „Narodowiec“, „hört man fast täglich auf der Straße.“

Schlimmer: Vorurteile über einen „biologischen Hang zum Verbrechen“ oder „geistige Schwerfälligkeit und mindere Begabung“ waren weit verbreitet. Die Osteinwanderer wurden, beschreibt Kleßmann die Analogien zur Gastarbeiter-Gegenwart, „zum Objekt der Vorurteilsbildung und Diskriminierung“. Dabei entstammten die Polen und Masuren zwar einer fremdländischen Kultur, waren aber Staatsbürger des Deutschen Reiches.

Als wär's ein Stück von Menschlichkeit — Fremdenfurcht, Fremdenhaß ist weder Zeiterscheinung noch bloß ein Zug des deutschen Wesens. „Fremdenfurcht und Fremdenablehnung entwickeln sich“, sagt der deutsche Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt, „auch ohne daß es dazu schlechter Erfahrung mit Fremden bedarf.“

Gängiger Beleg für diese Erkenntnis, die sogar zum Test für das Normalverhalten von Kleinkindern genutzt wird: Während der drei Monate alte Säugling Fremde freundlich anlächelt, erstarrt das fünf Monate alte Kind und beginnt

„Dann gibt es aber Kleinholz“

Aus Briefen an die Innenminister Baum und Gries

Wieso ist die BRD verpflichtet, all den Dreck auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu ernähren und obendrein zu bezahlen? Den Scheiß-Juden kriecht man heute noch in den Arsch, ebenso den Gastarbeitern und den Asylanten und Zigeunern. Wie in anderen Ländern soll man den Weibern die Gebärmutter rausnehmen oder die Männer kastrieren, denn sie sind wie Wanzen und Ratten und vermehren sich ebenso.

Sie sollten schleunigst weitere Millionen von Armutsflüchtlings einschleusen lassen, damit dem letzten Deutschen klar wird, daß es sich nicht mehr lohnt, hier zu leben und zu schuften, damit diese Wilden jeden Tag auf Kosten der Allgemeinheit Weihnachten feiern können.

Nehmen Sie sofort Ihren Hut und hauen Sie ab, ohne Pension! Zwei volle Jahre haben Sie in der Asylantenfrage geschlafen, und Ihre Juristen haben sich mit dem Grundgesetz die Hosen vollgemacht.

Ihr Schweinehunde gehört ja mit Schimpf und Schande davongejagt! Wer Euch noch wählt, hat Scheiße im Hirn und hat keine Verantwortung für Volk und Vaterland! Der Tag wird und muß kommen, wo Ihr zur Verantwortung gezogen werdet! Heute denkt doch fast jeder, jetzt brauchten wir einen Hitler, der Deutschland wieder sauber macht.

Raus mit dem Volk, wir sind es leid, uns immer mit dem Pack rumzuschlagen. Wo bleibt Ihre Volksnähe, Herr Minister?

Das Volk ist in Wut, glauben Sie es mir. Treibt es nicht auf die Spitze. Es geht einfach nicht mehr. Ich werde in Zukunft nicht mehr schweigen. Hoffentlich drehe ich nicht eines Tages durch, dann gibt es in Bonn aber Kleinholz.

Dieser Haß überträgt sich natürlich auf die Politiker, denen wir es zu verdanken haben, daß diese asiatischen Horden wie Heuschreckenschwärme über uns herfallen. Da wundern sich diese Herren noch über zunehmende nazistische Tendenzen! Diese Tendenzen sind das Resultat einer geradezu verbrecherischen Handlungsweise der Politiker an unserem Volk.

Der von deutschen Eltern gezeugte Deutsche wird sich wehren, wenn man ihm sein Elternerbe schmälert! Wir müssen uns vermehren und Widerstand leisten bis hin zur Ausrottung des Fremden! Das sind wir unserem auf Dauer gerichteten Daseinszweck schuldig.

Wenn das so weitergeht, haben wir nur noch Gesindel und Abschaum der Erde in unserem Lande. Es wird höchste Zeit, daß da ein Strich gemacht wird, bevor dem deutschen Volk die Galle überläuft. Restdeutschland darf kein Tummelplatz für Weltrevolutionäre werden.

Langsam gärt es in uns, und wundern Sie sich nicht, wenn der Ausländerhaß Formen annimmt und wir auf die Barrikaden klettern.

Was muß ich tun, um Asylant zu werden, dann bekäme ich von Ihnen auch Staubzucker aus der Tut in den Arsch geblasen, ohne selbst was zu tun. Als Deutscher darf man sich nur freuen, wenn man für diese Wanzen arbeiten darf.

Es ist empörend anzusehen, wie die Massen von Afghanen, Äthiopiern, Indern, ich greife nur diese Volksgruppen heraus — mehr oder weniger bekleidet sich aufführen, die Ruhe stören... Traurig, beschämend, skandalös und widerwärtig ist das! und noch manches andere. Soll das so weitergehen, Herr Minister?

Sehr geehrter Herr Minister, treffen Sie daher die schärfsten Maßnahmen gegen einreisende Ausländer, besonders aus der Türkei und Indien, welche sich in der Bundesrepublik nur bereichern wollen und die Situation über angebliche Lügen als politisch Verfolgte ausnützen!

Wie lange soll denn die BRD noch Einwanderungsland für alle möglichen oder unmöglichen Ausländer (Faulenzer, Verbrecher) sein.

Jage die Kanaken fort; denn das ist Ungeziefer wie die Heuschrecken, sie fressen alles kahl und hauen dann erst ab.

Wie lange will das noch weitergehen. Wir sind doch nicht der Abfall-eimer der Welt.

alsbald zu schreien, es fremdelt, wie es freundlich heißt.

Auf diesen Kurzschluß „fremd gleich Feind“, auf dieser Furcht vor Fremden (Xenophobie) gründet sich die von der urzeitlichen Horde bis hin zur Massengesellschaft nachweisbare „Neigung, geschlossene Gruppen zu bilden und aggressiv auf Fremde zu reagieren, die in die Gruppe eindringen“ (Eibl-Eibesfeldt). Auch Gruppenfeindschaft, von Vereinsrivalität bis zur Kriegspsychose, hat gewiß eine Ursache in der Angst vor Andersartigen.

Forscher verschiedener Fachgebiete haben zahllose Erklärungsversuche für die Fremdenfeindlichkeit geliefert, die einst womöglich den Ausschlag für das Überleben des einzelnen wie der Gruppe, vielleicht sogar der Gattung Mensch sicherte.

Was einst die Sorge um Nahrungsverlust war, gleicht der heutigen Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes, der von dem Gastarbeiter eingenommen werden könnte. Der frühzeitliche Kampf ums Entfaltungs- und Jagdrevier wie um die heimische Höhle findet sich in der Verteidigung eines Wohnviertels und der eigenen vier Wände gegenüber Fremden. Der Kampf um die Frau zur Gründung der eigenen Sippe spiegelt sich wider in der Männerfurcht, Ausländer könnten ihnen die Mädchen wegschnappen oder ausspannen. Und die Auseinandersetzung um Rang und Stellung in der Gruppe oder Gesellschaft hat sich allenfalls in den Methoden geändert; in der Hackordnung kam und kommt der fremdartig wirkende Ausländer allemal zuletzt.

Bewahrung und Verteidigung „der heiligen territorialen Integrität des Lebensraums“, so der amerikanische Psychiater Friedrich Hacker, ist schon dem Eisenbahnbenutzer eigen. Von den Insassen eines Zugabteils „wird jeder Neuankömmling als unerwünschter Zuwachs empfunden und aggressiv abgewehrt“, weil der Platz enger wird und die Distanz zum Nachbarn schwindet. „Der Eindringling ist zunächst Außenseiter, wird dann selbst Teil der Gruppe und behandelt den nächsten Fahrgast ebenso, wie er seinerseits behandelt wurde.“ Pech für den Neuen, wenn der auch noch Ausländer ist.

Um den zukünftigen Platz ihrer Kinder in der Gesellschaft und ums rechte Maß an Fremdzuwendung kämpfen nun auch deutsche Eltern in der Schule, wenn etwa Türkinkinder in die Klasse kommen. Die in aller Regel besonders förderungsbedürftigen Ausländerkinder stehen schon der Sprache wegen hinten an; daß sie besondere Lehrerhilfe benötigen, oft auf Kosten ihrer deutschen Mitschüler, macht sie leicht zum Aggressionsobjekt.

Werden einzelne Fremde noch hingenommen, womöglich leicht integriert, lösen größere Minderheiten, die



Gastarbeiter*: „Volksbewegung gegen Überfremdung“



zudem ihre Eigenständigkeit bewahren wollen und die Identität der Einheimischen durch ihr Anderssein verunsichern, allzu rasch Gruppenkonflikte aus. Diese Minderheiten sind, urteilt der Historiker Adolf Leschnitzer, „immer ein leicht erreichbares und wehrloses Objekt für jeden Zugriff und jedes Haßäußerungsbedürfnis“.

So können „Schmerz und Furcht, kurz alle Erregungen, die sich bei der Majorität als Resultat von Schicksalschlägen aller Art ergeben, in Feindschaftstaten gegen die Minoritätsgruppe umgesetzt werden“. Ein Sündenbock fürs Schicksal — ob Stammesfremder oder Jude, Neger oder Gastarbeiter — ist da gefunden, dem man es nur noch heimzuzahlen braucht.

Mal war es der Erbfeind, mal waren es die Polacken, heute sind es wohl die

* Jugoslawischer Kellner, türkischer Straßenkehrer, türkischer Fleischverkäufer in Hamburg, jugoslawische Fließband-Arbeiterinnen in Köln.

„Kuffnucken“ und „Kameltreiber“, denen sich der deutsche Herrenmensch ausgeliefert und zugleich überlegen fühlt. „Eine Integration ist bei religiösen Unterschieden sehr viel schwerer als sonst“, sagt etwa der Soziologieprofessor und Vorurteilsforscher Theodor Hanf in Freiburg, „die Belastbarkeit der deutschen Gesellschaft“ hinsichtlich der moslemischen Türken „wird sich erst in Zukunft erweisen“. Hanf und andere Wissenschaftler haben herausgefunden, daß Fremdenfeindlichkeit und Rassismus innerhalb einer Gesellschaft durchaus nicht gleichmäßig verteilt sind und sich auch nicht unterschiedslos gegen alle Fremden richten.

So sind in der Regel solche Gruppen besonders rassistisch, die am unteren Ende der sozialen Skala stehen und sich durch einen Abbau von Privilegien am stärksten bedroht sehen. Junge und besser gebildete Deutsche etwa halten

nach diesen Untersuchungen weniger, ältere und konservativer eingestellte Bundesbürger mehr von Rassenunterschieden. Und gegen Fremdgruppen „sind vor allem solche Leute eingestellt“, ermittelte Hanf, „die kaum oder gar keinen Kontakt mit ihnen haben“.

Vorurteile werden durch Sprachgebrauch und Vermittlung von einer Generation auf die andere übertragen und, so Leschnitzer, „entziehen sich weitgehend einer Beeinflussung durch Kritik, Erziehung und Erfahrung“. Wie weit das geht, belegen festgefügte Werturteile der Bundesdeutschen über ihre Ausländer. „Man getraut sich bei Dunkelheit nicht mehr auf die Straße“, schrieb einer für viele

Anhand solcher Vonhundertsätze läßt sich leicht bedrohlich steigende Ausländerkriminalität belegen: 1971 betrug die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen 107 388 (10,7 Prozent aller Verdächtigen), 1975 aber waren es schon 137 592 (12,4 Prozent). Nur, die statistischen Zuwachsraten allein sagen wenig darüber aus, ob die kriminelle Bedrohung durch Ausländer tatsächlich Grund zur Besorgnis bedeutet.

Denn bei dem auffälligen Mißverhältnis zwischen dem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung und ihrem Anteil an der gesamten Kriminalität (1979 beispielsweise 6,5 Prozent zu 13,8 Prozent) schlägt schon nicht zu Buche, daß eine erhebliche Marge auf jene Nichtdeutschen entfällt, die als Bevölkerung überhaupt nicht erfaßt sind — ausländische Soldaten, Illegale und Touristen.

Für 1978 etwa hat der Kölner Leitende Kriminaldirektor Manfred Gundlach errechnet, was die einfach zu Lasten der Gastarbeiter ausgelegte Kriminalstatistik tatsächlich aussagt. Von insgesamt 161 389 Tatverdächtigen gehörten 11 975 den „Stationierungskräften“ an, 23 032 hielten sich illegal in der Bundesrepublik und Berlin auf, 8539 waren Touristen. „Damit verringert sich“, errechnete Gundlach, „die prozentuale Beteiligung der registrierten Ausländer auf rund 9 Prozent“ — gegenüber 12,7 Prozent bei schlichter Betrachtung.

Zudem krankt der allzu nahe liegende Vergleich zwischen deutschen und nichtdeutschen Gesetzesbrechern daran, daß völlig unterschiedliche Personengruppen gegenübergestellt werden.

Während als deutsche Bevölkerung Männer und Frauen jeden Alters zählen, sind Gastarbeiter zumeist Männer, und außerdem im tatkräftigen Alter. Zu beachten sei stets, kommentiert deswegen die Bundesregierung schon routinemäßig ihr Kriminalitätsbulletin, „daß die nichtdeutsche Wohnbevölkerung in ihrer strukturellen Zusammensetzung durch ein starkes Übergewicht der besonders kriminalitätsbelasteten Alters- und Geschlechtsgruppe von Männern unter 40 Jahren wesentlich von der deutschen Wohnbevölkerung abweicht“.

So betrug die sogenannte Kriminalitätsbelastungsziffer, die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen je 100 000 der Gesamtbevölkerung, beispielsweise in Berlin im vergangenen Jahr für deutsche Männer 9692, für deutsche Frauen dagegen nur 1880. Für Nichtdeutsche lagen die Zahlen von Berlin im selben Zeitraum zwar höher, standen aber eben auch in krassem Verhältnis: 12 664 zu 3034.

Dennoch ist, trotz aller Relativierung, die kriminelle Spitzenstellung der Nichtdeutschen in bestimmten Strafrechtsbereichen nicht zu übersehen. Von der Gewohnheit des Glückspiels etwa können die Gäste offenbar auch

auf deutschem Boden kaum lassen. Immerhin 58,4 Prozent aller einschlägigen Verdachtsfälle im vergangenen Jahr gingen auf nichtdeutsches Konto.

Nicht ganz so häufig, aber doch überdurchschnittlich, bricht ausländisches Temperament im Sexualbereich durch. Vergewaltigung „überfallartig durch Einzeltäter“, doch auch „durch Gruppen“ taucht immer wieder auf in den Kriminalstatistiken mit weit über 20prozentigem Anteil nichtdeutscher Verdächtiger. Und kein Zweifel, auch bei Mord und Totschlag liegen die Ausländer vorn. Die Opfer sind freilich nicht selten vom gleichen Schlage, weil fremde Moral bis hin zur Blutrache auch hier zu gelten scheint.

Nach Staaten sortiert führen seit Jahren die Türken, die erstmals 1973 den Jugoslawen den kriminellen Vorrang nahmen. In jenem Jahr lagen die Türken mit 25 556 Verdachtsfällen gegenüber 25 241 jugoslawischen Verdächtigen vorn und auch schon weit vor den Italienern mit 17 339 Verdächtigen, dahinter die Amerikaner (10 030) und die Griechen (9007).

Nach neuestem Stand hat sich zwar nicht die Reihenfolge, wohl aber die Gesamtzahl erheblich verändert, ebenso die Abstände. 1979 gerieten 49 857 Türken, 25 199 Jugoslawen, 22 037 Italiener, 11 757 Amerikaner und 8222 Griechen in Verdacht. Besonders ordentlich führten sich laut dieser Statistik, wie auch sonst üblich, die Schweizer auf — 1093 Verdächtige.

Weniger noch als in der Verbrechenzone lassen sich Ressentiments und Realität beim Reizthema Arbeitsmarkt miteinander verknüpfen. Wirtschaftsfachleute, Gewerkschafter wie Unternehmer sind einig darin, daß so gut wie kein einziger der rund 770 000 einheimischen Arbeitslosen seinen Job wegen eines Gastarbeiters verloren hat.

Hingegen ist fraglich, ob die westdeutschen Sozialleistungen, von denen die Arbeitslosen beträchtlich profitieren, ohne die Leistungen der Fremdlinge überhaupt noch möglich wären. Denn ohne Gastarbeiter wäre der glatte Produktionsgang der Wirtschaft schon längst ins Stocken geraten. Ohne jene 30 000 Ausländer, die in der Bundesrepublik für Daimler-Benz Autos schweißen und montieren, würde dem Stuttgarter Konzern auf einen Schlag ein gutes Fünftel der Belegschaft fehlen. Ohne die 800 Koreaner, die täglich in die Kohlengruben an der Ruhr einfahren, wäre die Personalknappheit der Ruhrkohle AG noch drückender.

Strapaziose Schichtarbeit in Autokonzernen, regelmäßige Überstunden in Maschinenfabriken, monotone Handgriffe in der Elektroindustrie: „Ausländische Arbeitnehmer“, so die Ökonomie-Professoren Wolfgang Weber und Eduard Gungler in einer Untersuchung, verrichten vor allem „Arbeiten unter Erschwernissen“. Je



an den Minister Gries, „ja sogar am Tage ist man nirgends mehr sicher.“

Für feine Unterschiede ist da kein Platz mehr. Soviel steht selbstverständlich fest: Je mehr Nichtdeutsche im Bundesgebiet und West-Berlin leben, um so höher ist die Ausländerkriminalität.

So waren 1960 beispielsweise rund 650 000 Nichtdeutsche (1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung) registriert. Von ihnen gerieten in jenem Jahr 30 380 in Straftatverdacht, 2,33 Prozent von 1 306 471 ermittelten Verdächtigen. Im vergangenen Jahr dagegen lebten gut vier Millionen gemeldete Gastarbeiter einschließlich ihrer Familienangehörigen im Bundesgebiet und Berlin, 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von ihnen wurden laut Kriminalstatistik 181 660 strafbarer Handlungen verdächtigt — das sind bezogen auf alle Tatverdächtigen 13,8 Prozent.



Fremdarbeiter-Unterkunft in Berlin 1911: „Jeder Ausländer ...

stumpfsinniger der Arbeitsrhythmus, je unregelmäßiger die Arbeitszeiten, um so mehr Gastarbeiter stehen auf den Lohnlisten. An Fließbändern und in Montagehallen mit Schichtbetrieb erreicht der Ausländeranteil inzwischen ein Viertel aller Beschäftigten.

Zwar: Wenn denn die dunklen Prognosen über einen rapiden Anstieg der Arbeitslosenquote Wahrheit werden, mag es wohl sein, daß Einheimische und Ausländer in Konkurrenz geraten, auch auf den schlechteren Plätzen. Doch daß es dann zunächst an die Existenz der Zugereisten geht, daran ist kein Zweifel.

Schon einmal, als die Ölstaaten ihren ersten Preisschlag setzten, reagierte die Bonner Regierung unverzüglich: EG-fremde Ausländer durften nicht mehr angeheuert werden. Und als vor fünf Jahren die schwerste Nachkriegsflaute Westdeutschlands Fabriken heimsuchte, wollten die Arbeitspolitiker zunächst auch den bereits ansässigen Gastarbeitern an die Jobs. Der Kampf um die knappe Arbeit scheiterte schließlich nur am Widerstand der Gewerkschaften.

Die Angst deutscher Werkstätiger um Arbeitsplätze, die sie vorerst gar nicht haben wollen, ist dennoch unge-

brochen. Jeder zweite Arbeitnehmer, den der Ausländer-Beauftragte Kühn befragen ließ, war fest davon überzeugt, daß Ausländer den Deutschen Jobs „wegnehmen“.

Ist Fremdenhaß also wirklich, allen Fakten zum Trotz, unüberwindbar? Führen Vorurteile unabänderlich zur Verurteilung? Gibt es erst dann keine Fremden mehr, wenn es nichts Fremdes mehr gibt, wenn Denkweise und Glaubensbekenntnis, die Art, sich zu geben und sich zu kleiden, im Schmelztiegel aufgegangen sind?

Dann dauert es womöglich zu lange, um zu verhindern, daß die Stimmungen gegen das Fremde in Stimmen umschlagen, daß sich aus den atmosphärischen Störungen ein neues politisches Klima entwickelt.

Vorerst ist es nur die rechtsradikale NPD, die mit unverhüllt ausländerfeindlichen Parolen in den Wahlkampf zieht. „Die NPD fordert Ausländerstopp“, hallte es Montag letzter Woche vom Bildschirm, wo sich täglich „Parteien zur Wahl“ stellen. Der Werbespot der Nationaldemokraten zeigte ausländische Kinder, die durch verfallene Wohnviertel irren, Ausländer am Bahnhof, watschelnde Türkinnen — scheinheilig untermalt mit dem Hinweis auf „Menschenrechte“, die Notwendigkeit, Ausländer in ihr Ursprungsmilieu zurückzuschicken.

Die Ausstrahlung dieses Hetzfilms kann wohl nur mit formaljuristischer Konfliktscheu der ARD-Verantwortlichen erklärt werden. Zwar hat die NPD mittlerweile in der Wählergunst den gleichen Weg genommen wie alle ihre neonazistischen Vorgänger — abwärts. Doch ihre Ideen sind offenbar noch immer virulent.

Die brutalsten Übergriffe auf Ausländer setzte der braune Untergrund ins Werk. Die von der Bundesanwaltschaft vorletzte Woche zur Strecke gebrachte „Deutsche Aktionsgruppe“ etwa hat mehrere Spreng- und Brandanschläge auf Ausländer-Unterkünfte verübt. Eine der Rohrbomben, die der Werkmeister Raimund Hörnle laut eigenem Geständnis gebastelt hat, verletzte in Lörrach eine Frau, ein Molotowcocktail, auch von Hörnle, tötete in Hamburg zwei Vietnamesen.

Den Exzessen, den verbalen wie den tödlichen, ist als Triebkraft Deutschümelei gemeinsam, Volkstums- und Rassenphantasien, direkt von den Nazis übernommen. Und Wissenschaftler wie Theodor Hanf wollen nicht ausschließen, daß die bloße Fremdenfeindlichkeit bald „umkippen“ könnte in einen neuen, feindseligen Rassismus.

An Propagandisten, meint Hanf, werde es nicht fehlen. Solange Rassismus in der Bundesrepublik „stark tabuisiert“ gewesen sei, habe „hier keiner gewagt, den Mund aufzumachen“. Nun „kriechen sie wieder aus ihren Löchern“.



... verändert unsere Eigenart“: Türkische Tänzerin in Oberhausen 1978